

**Forschungspapier**

Tom Höpfner und Aryan Shooshtari

## Von Jamaika zur Ampel? Die FDP zwischen Abgrenzung und Annäherung

Eine inhaltsanalytische Untersuchung von Koalitionssignalen im  
Bundestagswahlkampf 2021

10. August 2022

**Redaktion/ Wissenschaftliche Koordination**

Julia Rakers / Dr. Kristina Weissenbach  
Tel. +49 (0) 203 / 379 – 1388

**Sekretariat**

Lina-Marie Zirwes  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2018  
lina-marie.zirwes@uni-due.de

**Herausgeber (V.i.S.d.P.)**

Univ. Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

**Redaktionsanschrift**

Redaktion Regierungsforschung.de  
NRW School of Governance  
Institut für Politikwissenschaft  
Lotharstraße 53  
47057 Duisburg

julia.rakers@uni-due.de

---

**Zitationshinweis**

Höpfner, Tom und Aryan Shooshtari (2022): Von Jamaika zur Ampel? Die FDP zwischen Abgrenzung und Annäherung. Eine inhaltsanalytische Untersuchung von Koalitionssignalen im Bundestagswahlkampf 2021, Erschienen auf: [regierungsforschung.de](http://regierungsforschung.de)

# Von Jamaika zur Ampel? Die FDP zwischen Abgrenzung und Annäherung

Eine inhaltsanalytische Untersuchung von Koalitionssignalen im Bundestagswahlkampf 2021

Von Tom Höpfner<sup>1</sup> und Aryan Shooshtari<sup>2</sup>

## 1 Einleitung

Die Bundestagswahl 2021 war in vielerlei Hinsicht von Besonderheiten geprägt: So erreichten die Grünen mit 14,8 Prozent der Zweitstimmen ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl.<sup>3</sup> Die SPD konnte sich mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen von den eigenen Anhängern als „Wahlsieger“ feiern lassen und legte, angesichts der wenig Mut machenden Umfrageergebnisse in den Monaten zuvor, einen fulminanten Schlusspurt hin. CDU/CSU erreichten mit 24,1 Prozent der Zweitstimmen ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl überhaupt. Die Linke verfehlte mit 4,9 Prozent die Fünf-Prozent-Klausel denkbar knapp, konnte jedoch über die sogenannte Grundmandatsklausel in voller Stärke in den Bundestag einziehen.<sup>4</sup>

Bereits aus den Umfragen und den letztlich endgültig feststehenden Wahlergebnissen kristallisierte sich schnell heraus, dass es im Hinblick auf die möglichen Regierungskoalitionen ebenfalls eine Premiere geben würde: Die Bildung eines Dreierbündnisses auf Bundesebene, entweder in Form einer *Jamaika-* oder *Ampelkoalition*.<sup>5</sup> Zwar war erstere bereits im Rahmen der Bundestagswahl von 2017 eine ernsthafte Option,<sup>6</sup> jedoch scheiterte diese bekanntermaßen. Angesichts dieser Erfahrungen lag in der Medienberichterstattung insbesondere aufgrund zweier Punkte ein besonderes Augenmerk auf der FDP: Zum einen

---

<sup>1</sup> Tom Höpfner ist Student des Masterstudiengangs „Politikmanagement, Public Policy und Öffentliche Verwaltung“ an der NRW School of Governance. Er arbeitet als Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“ von Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte.

<sup>2</sup> Aryan Shooshtari ist Student des Masterstudiengangs „Politikmanagement, Public Policy und Öffentliche Verwaltung“ an der NRW School of Governance. Er ist als Studiengangsassistent des berufsbegleitenden Master of Public Policy an der NRW School of Governance tätig.

<sup>3</sup> Wobei dieses Ergebnis – angesichts des periodischen Höhenfluges in vorherigen Umfragen als stärkste Kraft – bei vielen Anhängern dennoch für Enttäuschung sorgte.

<sup>4</sup> Siehe § 6 Abs.3 BWahlG.

<sup>5</sup> Es sei an dieser Stelle klargestellt, dass den Autoren die Existenz von Dreier- oder gar Viererkoalitionen in der bundesdeutschen Geschichte bewusst ist. Hier geht es jedoch speziell um eine Koalition unter Einbeziehung der sogenannten „Citrus-Parteien“.

<sup>6</sup> Wie die damaligen wochenlangen Verhandlungen belegen.

wurde auf die Rolle der Freien Demokraten beim Scheitern der Sondierungsgespräche 2017 rekurriert; es sei an dieser Stelle auf den berühmt gewordenen Ausspruch des Bundesvorsitzenden Christian Lindner hingewiesen: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“. Zum anderen wurde die Rolle der FDP als (selbsternannter) Königsmacher hervorgehoben; auch hier sei auf Christian Lindner verwiesen, welcher „der FDP also eine besondere Verantwortung zu[erkannte], eine Politik der Mitte zu organisieren“ (vgl. Küstner 2021).

Angesichts dieser entscheidenden Rolle der FDP erscheint es naheliegend, einen genaueren Blick auf die Aussagen der Partei im Verlauf des Bundestagswahlkampfes zu werfen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die strategische Positionierung, die mittels solcher Aussagen erreicht werden soll: Nämlich als Gratwanderung zwischen Positionstreue auf der einen und Kompromiss- bzw. Koalitionswilligkeit auf der anderen Seite. Zu diesem Zwecke soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit eine Untersuchung der Koalitionssignale während des Bundestagswahlkampfes 2021 erfolgen. Dies soll anhand der Aussagen Christian Lindners in diversen Interviews geschehen. Dementsprechend ergibt sich folgende Forschungsfrage:

*Inwiefern lässt sich auf Seiten der FDP eine Veränderung der Koalitionssignale während des Bundestagswahlkampfes 2021 im Hinblick auf eine mögliche Jamaika- und Ampelkoalition feststellen?*

Zwecks Beantwortung dieser Fragestellung gilt es in einem ersten Schritt, theoretische Grundüberlegungen darüber anzustellen, wie sich Parteien auf mögliche Koalitionen vorbereiten. Besonders fruchtbar erscheinen hierfür die sogenannten Koalitionstheorien, wobei dieser klassische Untersuchungsgegenstand durch die vergleichsweise neue Forschung bezüglich der Koalitionssignale ergänzt werden soll. Sodann gilt es, Überlegungen hinsichtlich der Untersuchungsmethode und den konkreten Untersuchungsgegenständen anzustellen. An dieser Stelle sei bereits darauf verwiesen, dass es sich bei der Methode um eine inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse auf Basis eines deduktiv hergeleiteten Kategoriensystems handelt. Im nächsten Schritt sollen die Ergebnisse zusammengefasst und an die theoretischen Grundüberlegungen rückgekoppelt werden. Abschließend erfolgt ein Fazit, welches die Ergebnisse kurz zusammenfasst.

## **2 Theoretische Grundüberlegungen und Forschungsstand**

### *2.1 Klassische Koalitionstheorien*

Das Forschungsfeld der Koalitionsforschung stellt einen der Klassiker der vergleichenden Regierungslehre dar und wird daher als eines der „am intensivsten beackerten Themenfelder“ betrachtet (Decker 2013: 75). Die koalitionstheoretische Literatur lässt sich im Wesentlichen in drei Generationen aufteilen (Krumm 2004: 43). Frühe Überlegungen gingen

überwiegend von der Annahme aus, dass sich die Koalitionsbildung insbesondere aufgrund des Strebens nach Ämtern vollzieht. Derlei Koalitionstheorien fokussierten im Wesentlichen office-orientierte Erklärungsansätze. Diese sogenannten *office-seeking-Modelle* sehen Parteien als Akteure, die im Rahmen von Wahlen nach möglichst vielen Abgeordnetenmandaten streben. Je mehr Mandate erreicht werden, umso größer fällt die Wahrscheinlichkeit aus, dass eine Koalition mit dieser Partei gebildet wird respektive gebildet werden muss.<sup>7</sup> Im Verhältnis zum erreichten Wahlergebnis fällt dementsprechend auch der Gewinn der Regierungsämter aus, welche proportional zu den erzielten Mandaten „ausgezahlt“ werden (Buzogány u. Kropp 2013: 263; Kropp u. Sturm 1998: 14). Dementsprechend kann der primäre Aussagegehalt hinsichtlich der Ziele von Parteien folgendermaßen zusammengefasst werden: Parteien streben nach Regierungsbeteiligung bei gleichzeitig maximaler Ausbeute an Ministerposten (Linhart 2009: 181).<sup>8</sup> Diese Annahme vermag durchaus einen gewichtigen Teil der Motivation von Parteien erklären – allerdings werden diverse Koalitionsphänomene hiervon nicht erfasst, beispielsweise die Bildung von Minderheitskoalitionen oder die größere Bedeutung einzelner Ministerien im Vergleich zu anderen (Buzogány u. Kropp 2013: 263). Zudem ist zu berücksichtigen, dass eine solch ämterzentrierte Sichtweise ideologische Standpunkte und damit die faktisch bestehende Tendenz zur Koalitionsbildung zwischen politisch sich nahestehenden Parteien zumindest teilweise ignoriert und damit einer „Politikblindheit“ erlegen ist (Linhart u. Pappi 2009: 24).

Konsequenterweise kondensierten diese Mängel allein office-bezogener Erklärungsmodelle der Koalitionsbildung in der zweiten Generation, die die inhaltlich-ideologische Positionierung politischer Akteure, allen voran der Parteien, ins Zentrum der Analyse rückten (Debus 2021: 3 f.). Diese als *policy-seeking-Modelle* titulierten Theorien sehen Parteien also nicht als rein nach Ämtern strebende Akteure,<sup>9</sup> sondern bescheinigen ihnen eine intrinsische Motivation, die das Erreichen bestimmter *Policies* als oberstes Ziel ansieht. Dies führt zwangsläufig dazu, dass primär solche Koalitionen gebildet werden, in denen sich die Parteien auch inhaltlich näherstehen, sodass von einer Blockbildung zwischen Parteien gesprochen werden kann (Linhart u. Pappi 2009: 24). Mithin führt diese ideologische Nähe der Parteien dazu, dass auch die jeweiligen Politikinhalte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit durchgesetzt werden können als bei einem Koalitionspartner, dessen politische Ziele konträr zu den eigenen Interessen verlaufen. Kurzum: Nicht die Ämter, sondern gerade die Durchsetzungsmöglichkeit der angestrebten Politikinhalte ist bei der Koalitionsbildung entscheidend.

---

<sup>7</sup> Letzteres ist der Fall, wenn eine Partei einen Stimmenanteil erreicht, der eine Koalitionsbildung ohne diese Partei rechnerisch unmöglich macht.

<sup>8</sup> Wengleich es sich hier um eine stark vereinfachte Aussage handelt.

<sup>9</sup> Den Nutzen stellen hierbei die Ämter dar.

Sowohl diese reinen policy- als auch die office-orientierten Koalitionstheorien sind nach Krumm (2004: 43) zwar im Kontext des Rational-Choice-Paradigmas zu betrachten, demzufolge „die Bildung einer Koalition eine rationale Wahlhandlung mit dem Ziel der Gewinnmaximierung der beteiligten Parteien [darstellt]“. Gleichzeitig aber vermag auch der policy-bezogene Literaturstrang „den Aspekt der Ämtermotivation nur unzureichend [...] oder gar nicht“ zu erklären. Mithin ergibt sich bei beiden Theoriegenerationen ein offensichtliches Delta, das Linhart und Pappi (2009: 24) treffend beschreiben: „So leicht widerlegbar die Sichtweise rein ämterorientierter Parteien ist, so unzureichend ist die Annahme, Parteien seien überhaupt nicht ämtermotiviert“.

## 2.2 „Neue“ Koalitionstheorien

Insbesondere das zuletzt genannte Defizit beider koalitionstheoretischer Generationen wurde zum Anlass genommen, einen dritten Strang von Koalitionstheorien zu entwickeln, welcher Koalitionsbildungsprozesse *gleichzeitig* policy- wie auch office-orientiert diskutiert. Es versteht sich unserer Ansicht nach von selbst, dass die ausschließliche Fokussierung *entweder* auf den Aspekt des office- oder des policy-seeking zwar theoretisch stringent erscheint, jedoch einer realitätsbezogenen Untersuchung nicht Stand hält.<sup>10</sup> Zu diesem Schluss kommen denn auch empirische Untersuchungen von Koalitionsbildungen (Debus 2008; Shikano u. Linhart 2010; Glasgow u. Golder 2015). Dementsprechend erscheint es fruchtbar, beide Aspekte *kumulativ* zu betrachten (so im Ergebnis auch Linhart 2009: 218). Linhart und Switek (2019: 492) betonen geradezu die Notwendigkeit, bei der Analyse beide Komponenten als für Parteien *gleichzeitig* relevante Motivationstypen zu berücksichtigen. Diese Auffassung steht nach wie vor in der Tradition des RC-Paradigmas, weicht sie doch nicht vom Ziel der Nutzenmaximierung der Akteure ab. Jede Partei, so die Annahme, zieht einen unterschiedlichen Nutzen aus den je verschiedenen Koalitionsoptionen, wobei sich dieser „Nutzen“ sowohl auf das office-seeking-Theorem als auch auf die Realisierung von Policies bezieht (ebd.). Die Autoren gehen davon aus, dass der Grad der beiden Motivationstypen maßgeblich von parteispezifischen Gewichtungsfaktoren abhängt und demnach Variationen in den möglichen Nutzenkalkulationen einer Partei darauf zurückzuführen sind. Kurz und gut: Sowohl die Ämter- als auch die inhaltliche Orientierung sind zur gleichen Zeit, jedoch nicht in derselben Intensität, relevante Faktoren für nutzenmaximierende Parteien im Hinblick auf Koalitionsbildungen.

Bei näherer Betrachtung erscheint eine solche Sichtweise auch logisch: Für die Durchsetzung bestimmter Politikziele ist die Beteiligung an einer Regierungskoalition förderlicher als die dauerhafte Zuschauerrolle auf den Oppositionsbänken. Dies gilt umso mehr, als dass insbesondere das Erlangen von Minister- oder Staatssekretärsposten die unmittelbare

---

<sup>10</sup> Wie die obigen Ausführungen hinsichtlich der Grenzen gezeigt haben.

Gestaltung von Politik erlaubt.<sup>11</sup> Allerdings greift selbst diese Sichtweise in einem entscheidenden Punkt zu kurz: Offenbar wird davon ausgegangen, dass sich der Prozess der Koalitionsanbahnung und Koalitionsbildung lediglich unmittelbar nach der Wahl abspielt. Etwaige strategische Positionierungen der Parteien vor dem eigentlichen Wahltermin werden hingegen ausgeblendet. Decker hält diesbezüglich zutreffend fest:

„Die Vertreter der *office*- und *policy*-bezogenen Theorien unterstellen offenbar, dass sich die Parteien nur zu jenen Koalitionen vorab bekennen, die sie aus ideologischen oder Machterwerbsgründen ohnehin geschlossen hätten. Dass die Koalitionsaussagen von den *office*- oder *policy*-bezogenen Erklärungen abweichen und sie einen eigenständigen Einfluss auf die Koalitionsbildung erlangen könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn“ (Decker 2013: 76-77).

Vor diesem Hintergrund soll es im Folgenden um die Bedeutung von getätigten Koalitionssignalen gehen, die in den theoretischen Rahmen der Arbeit eingebettet werden müssen.

### 2.3 Die Bedeutung von Koalitionssignalen

An diesem Kritikpunkt setzt der Forschungszweig der Koalitionssignale an: Dessen Betrachtungen konzentrieren sich weniger auf das unmittelbare zeitliche Umfeld der eigentlichen Wahl, sondern erfolgen deutlich früher, sodass eine wesentlich größere Zeitspanne hinsichtlich der Positionierung der Parteien untersucht wird. Eine solche Sichtweise ermöglicht ein genaueres Verständnis bei der Anbahnung von Koalitionen, da auch prä-elektorale Elemente in den Blick genommen werden können (Buzogány u. Kropp 2013: 265). Als Koalitionssignale lassen sich hierbei alle Äußerungen von Parteivertretenden verstehen, die sowohl explizit als auch implizit im Vorfeld von Wahlen erfolgen, um potenzielle Koalitionsoptionen entweder zu ermöglichen oder zu verhindern.<sup>12</sup> Folglich stellen sie ein *strategisches Element* dar, welches bewusst dazu gebraucht wird, die Beteiligung einer Partei an einer Regierungskoalition zu erreichen.<sup>13</sup>

Es bedarf an dieser Stelle des Hinweises, dass Koalitionssignale *nicht* von den oben behandelten Koalitionstheorien zu trennen sind. Genauso, wie das Streben nach Ämtern bzw. die Verwirklichung von Politikinhalt als komplementär betrachtet werden müssen, sind Koalitionssignale als *Ergänzung* zu diesen Überlegungen heranzuziehen. Diese Annahme lässt sich aus einem einfachen Grund schlussfolgern: Gehen wir davon aus, dass solche Signale strategisch genutzt werden, so impliziert dies zwangsläufig die Verfolgung eines bestimmten Ziels – und dieses Ziel stellt das *office*- und/oder *policy-seeking* dar. Insofern sind

---

<sup>11</sup> Wenngleich die Koalitionsvereinbarungen eingehalten werden sollten, da ansonsten die Stabilität der Koalition und damit letztlich auch das Erreichen der eigenen Politikziele gefährdet sind.

<sup>12</sup> Wobei die Notwendigkeit einer Betrachtung impliziter Äußerungen nicht einheitlich gesehen wird (verneinend Golder 2005; bejahend Decker 2013, S.78).

<sup>13</sup> Wobei an dieser Stelle einschränkend festgehalten werden muss, dass solche strategischen Koalitionsaussagen zuvorderst von solchen Parteien getroffen werden, die eine *realistische Chance* an einer Regierungsbeteiligung haben.

Koalitionssignale, gleichwohl welcher Art sie auch sein mögen, immer im Hinblick auf bevorstehende Wahlen und die hierfür – jedenfalls im bundesdeutschen Parteiensystem – zwangsläufig zu bildenden Koalitionen zu betrachten.<sup>14</sup> Anders ausgedrückt: Koalitionssignale erfolgen nicht „einfach so“, sondern haben einen bestimmten Zweck. Unter Berücksichtigung dieses Zwecks erscheint der Gebrauch von Koalitionssignalen als probates Mittel, um anderen Parteien eine etwaige Koalitionsbereitschaft zu signalisieren oder eine solche zu negieren. Allerdings sind sie mit einem gewissen Risiko behaftet, welches in zwei Ausprägungen auftreten kann: Einerseits besteht die Gefahr, dass der *inflationäre Gebrauch* von positiven Koalitionssignalen gegenüber zu vielen politischen Konkurrentinnen und Konkurrenten die Konturen verschwimmen und damit letztlich auch die Stammwählerschaft an der ideologischen Standhaftigkeit der eigenen Partei zweifeln lässt.<sup>15</sup> Andererseits geht eine *zu strikte Festlegung* auf bestimmte Koalitionspartner mit dem Risiko einher, dass bei einem ungünstigen Wahlergebnis die eigene Regierungsbeteiligung bereits von vornherein ausgeschlossen ist oder nur unter einem massiven Gesichtsverlust erkaufte werden kann.<sup>16</sup> Es zeigt sich folglich, dass die Verwendung von Koalitionssignalen als eine „Gratwanderung“ zu verstehen ist, welche letzten Endes auch einen entscheidenden Einfluss darauf nimmt, *ob* respektive *wie* die eigenen Ziele erreicht werden können.

Ferner sei auf eine begriffliche Differenzierung verwiesen, welche durchaus sinnvoll erscheint, gleichwohl in der Literatur nicht immer beherzigt wird: Wenig fruchtbar erscheint der Begriff der prä-elektoralen Koalition nach Golder (2005). Er ist für das hier problematisierte Phänomen abzulehnen, weil er zu eng gefasst ist und aufgrund seines wechselseitigen Charakters missachtet, dass durchaus asymmetrische Signale ausgesendet werden können, keineswegs aber immer von zweckgerichteten Bündnissen ausgegangen werden sollte. Besser ist das Konzept der Koalitionsaussagen, das allerdings wiederum eine konzeptuelle Verengung auf *tatsächlich getätigte Aussagen* impliziert und insofern zugunsten des etwas weiter gefassten Begriffs der Koalitionssignale aufzugeben ist. Eine nicht ausdrücklich erklärte Koalitionspräferenz bzw. das nicht ausdrücklich erklärte Ablehnen einer bestimmten Koalition wäre demzufolge ein (implizites) Koalitionssignal, aber keine Koalitionsaussage (siehe hierzu insbesondere Decker 2013: 77-79).

Abseits dieser strategischen Bedeutung von Koalitionssignalen erscheint die Hinzuziehung von diesen aufgrund zweier weiterer Punkte vorteilhaft: (1) Sie sind

---

<sup>14</sup> Die einzige Periode einer Alleinregierung auf Bundesebene war zwischen 1960 und 1961. Mittlerweile sind selbst Koalitionen aus zwei Parteien schwierig geworden, so dass sich die Notwendigkeit einer Untersuchung von Koalitionssignalen noch verstärkt haben dürfte.

<sup>15</sup> Dies gilt insbesondere, wenn solche Signale gegenüber denjenigen Parteien ausgesendet werden, die ideologisch weit entfernt von der eigenen Parteilinie stehen.

<sup>16</sup> Letzteres ist der Fall, wenn gerade mit einer solchen Partei eine Koalition gebildet werden sollte, welche im Wahlkampf noch ausgeschlossen wurde. Einen interessanten Zwischenfall stellt die Koalitionsbildung zwischen CDU/CSU und SPD im Verlauf der Bundestagswahl aus dem Jahre 2017 dar, da sich die SPD unmittelbar nach dieser Wahl in eine „delikate“ Lage manövriert hatte, indem sie eine solche Koalition eigentlich strikt ausgeschlossen hatte.



demokratiethoretisch wünschenswert, verringern sie doch die Wahrscheinlichkeit für das Elektorat, „die sprichwörtliche ‚Katze im Sack‘“ zu kaufen (Decker 2013: 77; ähnlich auch Best 2017: 6). Indem nämlich positive oder negative Signale im Wahlkampf gesendet werden, kann zu einem gewissen Grad für mehr Klarheit gesorgt werden, was die Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler beeinflussen kann. Neben diesem normativen Grund besteht (2) ein empirischer Grund für die Integration von Koalitionssignalen in die üblichen Koalitionstheorien: Es handelt sich hierbei um eine in der Realität bereits weitgehend praktizierte Methode (Golder 2005: 645; Decker 2013: 77).

#### 2.4 *Schlussfolgerung und Annahmen für die kommende Untersuchung*

Zusammenfassend kann an dieser Stelle also festgehalten werden, dass die Annahmen der Koalitionstheorien und der Koalitionssignale als entscheidende Faktoren für das Entstehen einer Regierungskoalition betrachtet werden müssen. Hierbei sind die jeweiligen Implikationen grundsätzlich kumulativ zu betrachten: Die Präferenzen der Parteien – sei es im Hinblick auf das Erlangen von Ämtern als auch die Verwirklichung von Politikinhalten – haben Auswirkungen auf die Koalitionssignale, da diese in strategischer Weise genutzt werden, um potenziellen Partnern für eine Koalition die Bereitschaft hierfür zu signalisieren. Wie bereits festgestellt, handelt es sich bei solchen Signalen jedoch dahingehend um ein Risiko, als zum einen die eigenen Koalitionsoptionen bei starker „Herabwürdigung“ der politischen Konkurrenz deutlich eingeschränkt werden können, wohingegen zum anderen ein starkes „Anbandeln“ an diese Konkurrenten den Eindruck einer gewissen Wankelmütigkeit erzeugen und damit Stimmen kosten kann. Unter Berücksichtigung dieser Schlussfolgerungen lassen sich zwei Annahmen aufstellen, welche kohärent betrachtet werden müssen:

- Erstens: Koalitionssignale sind in dem Sinne fluide, als dass situationsbedingt eine inkrementelle Anpassung von diesen vorgenommen werden kann. Den entscheidenden Faktor für solche Anpassungen bilden demoskopische Untersuchungen, im Allgemeinen also Wahlumfragen. Folglich ist davon auszugehen, dass eine Anpassung dann erfolgt, wenn die Umfragen einen Stimmungswechsel in der Bevölkerung anzeigen.
- Zweitens: Dementsprechend fallen die Signale gegenüber denjenigen Parteien, die als potenzielle Koalitionspartner in Frage kommen, regelmäßig so aus, dass keine *vollkommene* Ablehnung einer Zusammenarbeit mit diesen formuliert wird. Dies schließt jedoch nicht aus, dass bestimmte Koalitionen präferiert und damit „Abstufungen“ der Koalitionspartner vorgenommen werden können.

### 3 Forschungsdesign

#### 3.1 Fallauswahl und Untersuchungszeitraum

Die vorliegende Arbeit widmet sich zur Beantwortung der Forschungsfrage einer qualitativen Untersuchung medial vermittelter Koalitionssignale vonseiten der FDP im Bundestagswahlkampf 2021. Daraus sollen Rückschlüsse auf die Frage nach einem möglichen Positionswandel der Partei in Bezug auf Koalitionspräferenzen gezogen werden, ohne die einer jeden Partei grundsätzlich inhärenten Ziele außer Acht zu lassen (zu *vote-seeking* und *office-seeking* siehe Kapitel 2). Eine Partei darf dabei nicht als pyramidal verstanden werden, das heißt als strikt zentralistisch und hierarchisch aufgebautes Konstrukt, bei dem „innerparteiliche Willensbildung sich von oben nach unten vollzieht und innerparteiliche Demokratie nicht existiert“ (Lösche 1992: 531). Vielmehr handelt es sich bei Parteien um eine Vielzahl lose verbundener Fragmente, die nach Lösche (ebd.: 532) eine „lose verkoppelte Anarchie“ bilden. Demnach sind Parteien „stark dezentralisiert, fragmentiert und flexibel“ (ebd.), womit nicht zuletzt nachgeordnete Gebietskörperschaften, Flügelorganisationen und Funktionsüberschneidungen einzelner innerparteilicher Akteure angesprochen sind.<sup>17</sup> Gleichzeitig besteht die Möglichkeit für das Gros der lose verkoppelten Parteifragmente, „an einem Strang [zu] ziehen, Kompromisse [zu] schließen und sich auf eine einheitliche Richtung [zu] verständigen“ (Jun 2016). Ein solcher Burgfrieden besteht typischerweise während eines Wahlkampfes, bei dem innerparteiliche Differenzen beiseitegestellt werden und sich die Gesamtpartei hinter ihrem Spitzenkandidaten oder ihrer Spitzenkandidatin versammelt. Vor diesem Hintergrund erfolgt denn auch die Fallauswahl, die Interviews des Bundesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Christian Lindner umfasst, welchen wir hier im Sinne einer an einem Strang ziehenden Partei als validen und aussagekräftigen Übersetzer „der FDP-Position(en)“ operationalisieren.

Hinsichtlich des Untersuchungszeitraums zieht die hier vorliegende Arbeit Interviews ab dem 20. April 2021 heran. Dieser Tag wurde gewählt, weil ab diesem Zeitpunkt die beiden Kanzlerkandidaten sowie die Kanzlerkandidatin aller drei großen Parteien feststanden.<sup>18</sup> Der Abschluss des Untersuchungszeitraumes wurde auf den 28. September 2021 festgelegt. Dieser Tag markiert den Beginn der sogenannten Vorsondierungen zwischen Grünen und FDP, die mit einem inzwischen legendären Instagram-Post bekanntgegeben wurden.<sup>19</sup> Der Zeitpunkt liegt zudem zwei Tage nach der Bundestagswahl und ergibt sich folglich aus dem Untersuchungsgegenstand und dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Interesse,

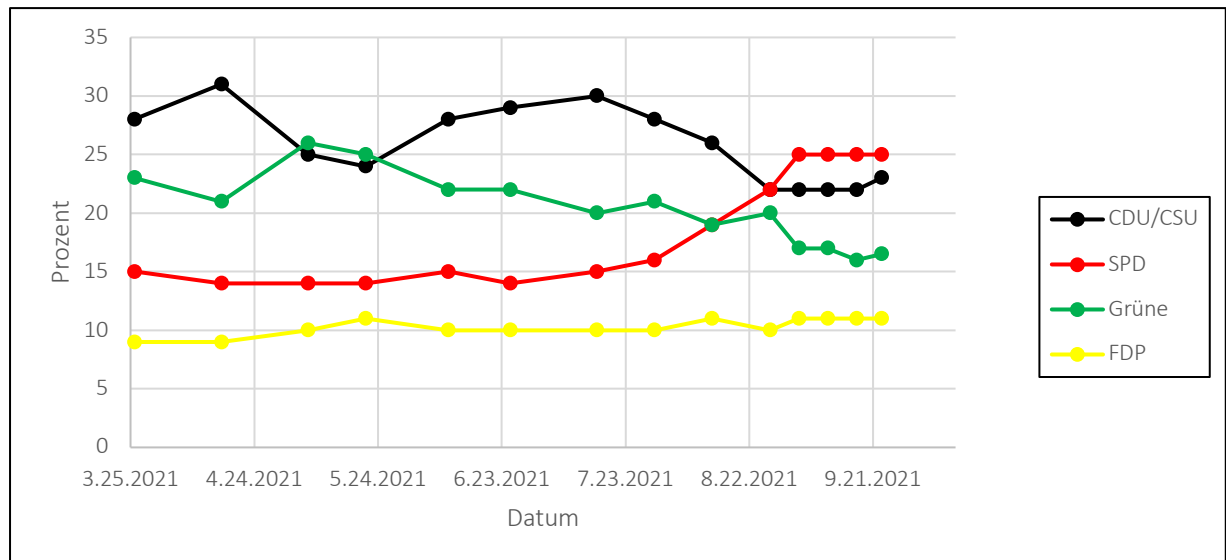
---

<sup>17</sup> Ursprünglich für „[d]ie beiden großen Parteien“ (Lösche 1992: 531) CDU und SPD konzeptualisiert, können heute auch andere Parteien von dem Modell erklärt werden.

<sup>18</sup> Wobei hinsichtlich der Kanzlerkandidatin der Grünen noch eine formelle Bestätigung seitens der Mitglieder erfolgen musste, welche jedoch als sicher galt.

<sup>19</sup> Die Spitzen beider Parteien, Volker Wissing und Christian Lindner (beide FDP) sowie Annalena Baerbock und Robert Habeck von den Grünen, veröffentlichten am späten Abend des 28. September 2021 jeweils dasselbe Selfie von sich, das sich lediglich in dem gewählten Filter unterschied, mit derselben Bildunterschrift: „Auf der Suche nach einer neuen Regierung loten wir Gemeinsamkeiten und Brücken über Trennendes aus. Und finden sogar welche. Spannende Zeiten.“

etwaige Koalitionssignale der FDP unter Berücksichtigung einer gewissen Unsicherheit im Verlauf des Bundestagswahlkampfes auszumachen und zu analysieren. Zur besseren Einordnung der Untersuchung siehe die nachfolgende Abbildung.



**Abbildung 1: Ergebnisse der Wahlumfragen im gewählten Untersuchungszeitraum; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Umfragedaten der *Forschungsgruppe Wahlen***

Hinsichtlich des konkreten Untersuchungsmaterials konzentriert sich die Arbeit auf die bereits erwähnten Interviews von Christian Lindner, welche entweder bereits in schriftlicher Form vorlagen oder erst in eine solche umgewandelt werden mussten. Sofern Ersteres der Fall war, wurden die jeweiligen Transkripte weitestgehend unverändert übernommen und lediglich auf eine gleichbleibende Formatierung zwecks besserer Übersichtlichkeit hin modifiziert; sofern Letzteres notwendig war, wurde ein einfaches Transkriptionsverfahren verwendet, sodass etwaige non-verbale Signale weitestgehend nicht mitnotiert wurden.<sup>20</sup> Hauptquelle für das Material war die öffentliche Homepage von Christian Lindner, über welche bereits zahlreiche Interviews in transkribierter Form abgerufen werden konnten.<sup>21</sup> Zusätzlich wurden einzelne Interviews mittels Zeitraumeinschränkung über Google ausfindig gemacht, welche nicht auf besagter Homepage aufgelistet waren. Hauptvoraussetzung für die Aufnahme aller untersuchten Interviews war, dass darin zumindest teilweise mögliche Koalitionsoptionen thematisiert wurden.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Bei den eigenständig transkribierten Interviews handelt es sich um Folgende: Bayerischer Rundfunk 24 vom 24.07.2021, ARD-Sommerinterview vom 25.08.2021 und ZDF-Sommerinterview vom 15.08.2021.

<sup>21</sup> Siehe <https://www.christian-lindner.de/interviews> (letzter Zugriff: 14.03.2022).

<sup>22</sup> Ein Gegenbeispiel hierfür stellt beispielsweise das Interview mit dem Titel „Vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland sichtbar machen“ vom 29.08.2021 dar.

## 3.2 Kategorienbildung und Datenauswertung

### 3.2.1 Kategorienbildung

Das im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausgearbeitete Kategoriensystem entstand zu wesentlichen Teilen mithilfe derjenigen theoretischen Grundannahmen, welche in Kapitel 2 tiefergehend behandelt wurden. Die Frage nach der theoretischen Fundierung des Codesystems, ob also die Kategorien deduktiv oder induktiv erstellt werden, findet unterschiedliche Antworten (vgl. Schreier 2014: 6). Für die vorliegende Seminararbeit erscheint die Bereitschaft für eine Mischung aus deduktiv und induktiv angemessen: Die Ober- und Unterkategorien werden auf Basis der Literatur und konzeptioneller Vorüberlegungen erstellt. Gleichzeitig besteht bei dem gesamten Codiervorgang eine grundsätzliche Offenheit, die die Bildung von am Material (induktiv) entwickelten Codes erlaubt (siehe ebd.). Darauf verweisen auch Gläser und Laudel (2010): Wichtig sei darauf zu achten, ein Kategoriensystem zu konstruieren, das auf theoretischen Vorüberlegungen gründet und damit die Extraktion der Daten aus dem Material strukturiert (ebd.: 201). Insbesondere die Verwendung solcher konzeptioneller Codes gewährleistet die Berücksichtigung theoretischer Grundlagen des Projekts während des gesamten Auswertungsverfahrens. Mit anderen Worten: Diese Herangehensweise hilft dabei, sich als Forscherin oder Forscher auf das Wesentliche zu konzentrieren und verhindert, dass theoretisch Irrelevantes fokussiert wird. Zugleich aber müsse ein solches Kategoriensystem „offen“ sein, um Informationen aus dem Datenmaterial in die Analyse integrieren zu können, die gegebenenfalls nicht den theoretischen Vorüberlegungen entsprechen.

Grundsätzlich codieren alle Kategorien für die gleiche Analyseeinheit: Die Autoren sind der Ansicht, dass ein einzelner Satz nicht immer genügt, um einem Koalitionssignal oder einer inhaltlichen Aussage Ausdruck zu verleihen. Andererseits können auch Halbsätze – gerade im Fall von gesprochenen Interviews – codierrelevantes Material sein. Dementsprechend wurde als kleinste Codiereinheit der Halbsatz verwendet, aber bis hin zu ganzen Absätzen codiert.

Entsprechend den in Kapitel 2 dargelegten Überlegungen hinsichtlich des office- und policy-seeking von Parteien sowie der damit verbundenen Koalitionssignale ergaben sich verschiedene deduktive Oberkategorien, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen:

- *Ämter*: Diese Kategorie umfasst alle Aussagen, welche sich auf eine etwaige Ämtermotivation beziehen. Da davon auszugehen ist, dass eine Partei im Wahlkampf die Ämtermotivation zumindest nicht als primäres Ziel ausgeben und diese Thematik daher – wenn überhaupt – nur am Rande aktiv behandeln wird, erscheint es sinnvoll, auch solche Aussagen unter diese Kategorie zu fassen, die ein solches

Amtsstreben verneinen. Entscheidend ist folglich nur, dass die Ämterthematik in *irgendeiner* Weise, sei es implizit oder explizit, aufgegriffen wird.

- *Inhalte*: Unter diese Kategorie werden all jene Aussagen subsumiert, die das Erreichen bestimmter Policies zum Gegenstand haben. Da es sich um ein tendenziell sehr weites Feld handelt, erscheint es jedoch nicht sinnvoll, die einzelnen Themenfelder ebenfalls deduktiv zu bestimmen; dementsprechend erfolgt eine schrittweise Subsumtion der zahlreichen inhaltlichen Aussagen unter diese Kategorie. Voraussetzung für die Definition einer Aussage als *Inhalt* ist, dass es sich um einen konkreteren Vorschlag hinsichtlich einer Policy handelt und nicht nur um eine formelhafte Aussage.
- *Jamaikakoalition*: Dem Kategorienamen entsprechend werden hierunter all diejenigen Aussagen gefasst, die sich auf die Bildung einer Koalition zwischen den Parteien CDU, GRÜNE und FDP beziehen. Da solche Aussagen negativer oder positiver Gestalt sein können, erfolgt eine entsprechende Unterteilung der Kategorie Jamaikakoalition in die zwei Unterkategorien „negative“ und „positive Koalitionssignale“.
- *Ampelkoalition*: Hinsichtlich dieser Kategorie gelten grundsätzlich die gleichen Regeln wie in der Kategorie Jamaikakoalition. Es besteht jedoch ein naheliegender Unterschied dergestalt, dass hierunter lediglich Aussagen bezüglich einer möglichen Koalition zwischen SPD, GRÜNE und FDP erfasst werden.

Es kann an dieser Stelle also festgehalten werden, dass die Untersuchung sich auf die Kenntlichmachung von Aussagen konzentriert, welche sich den obengenannten vier Hauptkategorien zuordnen lassen, wobei bei zwei dieser Hauptkategorien (Jamaika- und Ampelkoalition) eine differenzierte Zuordnung in jeweils zwei gleichlautende Unterkategorien erfolgt. Visuell lässt sich das Kategoriensystem damit wie folgt darstellen:

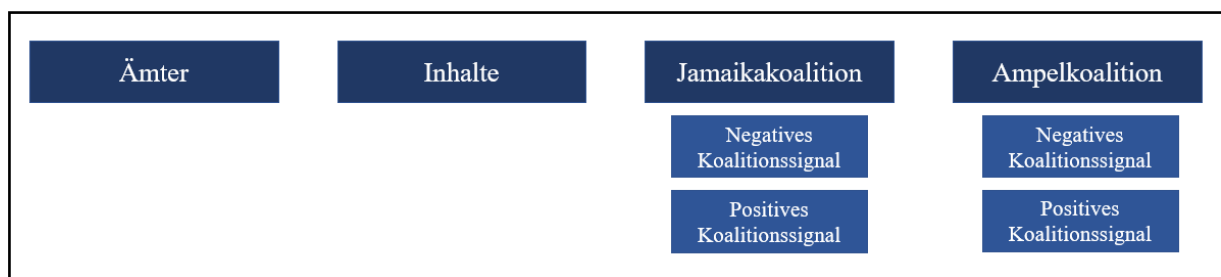


Abbildung 2: Kategoriensystem; Quelle: Eigene Darstellung.

### 3.2.2 Datenauswertung

Das erhobene Datenmaterial (siehe dazu Kapitel 3.2.1) wurde mit einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Grundsätzlich besteht eine Vielzahl unterschiedlicher

qualitativer inhaltsanalytischer Verfahren. Das hier angewandte Verfahren – dessen Kern seine Kategorienorientierung ist – folgt den Grundschemata einer inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse, wie sie sich etwa bei Margrit Schreier (2014) findet. Diese gilt als die zentrale Variante qualitativ-inhaltsanalytischer Verfahren und wird auch von Robert Kaiser (2014) verwendet, der indes ein weniger komplexes Konzept vorschlägt, das hier sinnvoll erscheint: Dabei wird auf eine Analyse von Aspekten wie Entstehungssituation des Interviews und Wirkungsweise des Textes verzichtet; der Fokus liegt vielmehr auf der „Strukturierung“, also der eigentlichen Analyse des textuellen Materials (ebd.: 90 f.).

Die Zuordnung der relevanten Textstellen zu den einzelnen Kategorien erfolgte in einem ersten Durchlauf so, dass sämtliche Interviews von den Autoren eigenständig durchgegangen und codiert wurden. Dabei wurde so vorgegangen, dass grundsätzlich keine Textstellen mit einer Hauptkategorie codiert wurden, ohne sie zusätzlich einem Subcode zuzuordnen. Damit ergibt sich keine Spezifizierung der Hauptkategorien im Vergleich zu den zugehörigen Subcodes. Mit anderen Worten: Eine Textpassage wird immer *sowohl* einer Haupt- *als auch* einer Unterkategorie zugewiesen sein, nie nur der einen *oder* der anderen. Eine Textstelle, die nur einer Oberkategorie, aber keiner Unterkategorie zuzuordnen wäre, wäre Ausdruck einer methodischen Lücke im Kategoriensystem. Eine Textstelle, die nur einer Unter-, aber keiner Oberkategorie zugeordnet würde, wäre zwar methodisch zulässig. Im Hinblick auf die Darstellung wurde jedoch entschieden, die sich daraus ergebende „Doppelung“ so in das Codebuch aufzunehmen, weil hierdurch eine bessere Übersicht gewährleistet ist – an der Methode ändert das freilich nichts. Zusätzlich wurden die Codier-Regeln so aufgestellt, dass eine Mehrfachcodierung desselben Abstraktionsniveaus zulässig war.<sup>23</sup>

Der sich wiederholende Codierprozess wurde mithilfe der QDA-Software „QDA“ durchgeführt. Für das Umsetzen einer qualitativen Inhaltsanalyse mittels QDA-Software wurde der Leitfaden nach Udo Kuckartz (2018, insbesondere 163-184) herangezogen. Das oben beschriebene Kategoriensystem ist Ergebnis des repetitiven Durchlaufs, bei dem überdies eine gewisse InterCODERreliabilität sichergestellt werden konnte, waren es doch zwei Autoren, die unabhängig voneinander das Kommunikationsmaterial codierten.

## **4 Ergebnisse der Untersuchung**

### *4.1 Deskriptive Darstellung der Ergebnisse*

Im Rahmen der Untersuchung konnten in nahezu allen analysierten Materialeinheiten Ausprägungen in den jeweiligen Kategorien festgestellt werden, wobei auf die Hauptkategorien insgesamt 230 Codierungen entfielen. Davon wurden 142 Textstellen als Koalitionssignal identifiziert, 66 Textstellen mit dem Code „Inhalte“ sowie 22 Passagen mit der

---

<sup>23</sup> In der Retrospektive zeigte sich schnell, dass diese Vorgehensweise nahezu zwingend notwendig war, da tatsächlich sehr viele Aussagen doppelt codiert werden mussten.

Kategorie „Ämter“ codiert. Die Aufteilung der Codes über alle untersuchten Dokumente stellt sich hierbei wie folgt dar, wobei das (A) in der Tabelle auf ein auf die Ampel bezogenes Koalitionssignal verweist und das (J) auf ein Signal mit Bezug zu Jamaika:

Farbe	Code	% Cod. Seg. (alle Dokumente)	Cod. Seg. (alle Dokumente)
●	(A) Negatives Koalitionssignal	30,00	69
●	Inhalte	28,70	66
●	(J) Positives Koalitionssignal	16,52	38
●	Ämter	9,57	22
●	(J) Negatives Koalitionssignal	8,70	20
●	(A) Positives Koalitionssignal	6,52	15

Abbildung 3: Darstellung der Codes in absoluter Anzahl und relativer Verteilung; Quelle: Eigene Darstellung.

Die Nennung von Politikgehalten erfolgt wesentlich häufiger als die Nennung von Ämtern (28,7 Prozent gegenüber 9,57 Prozent). Dies korrespondiert mit der in Kapitel 2 geäußerten Vermutung, dass bei den Überzeugungsversuchen von Parteien gegenüber den Wählerinnen und Wählern primär das Erreichen von inhaltlichen Zielen kommuniziert wird, wohingegen das Streben nach Ämtern in den Hintergrund der Kommunikation gerät. Es sei bereits an dieser Stelle vorweggenommen, dass die Thematisierung der Ämterfrage über alle Interviews hinweg fast ausschließlich von Seiten der jeweiligen Interviewenden erfolgt. Mit anderen Worten: Von Seiten Christian Lindners wird dieses Thema so gut wie gar nicht aktiv aufgegriffen.

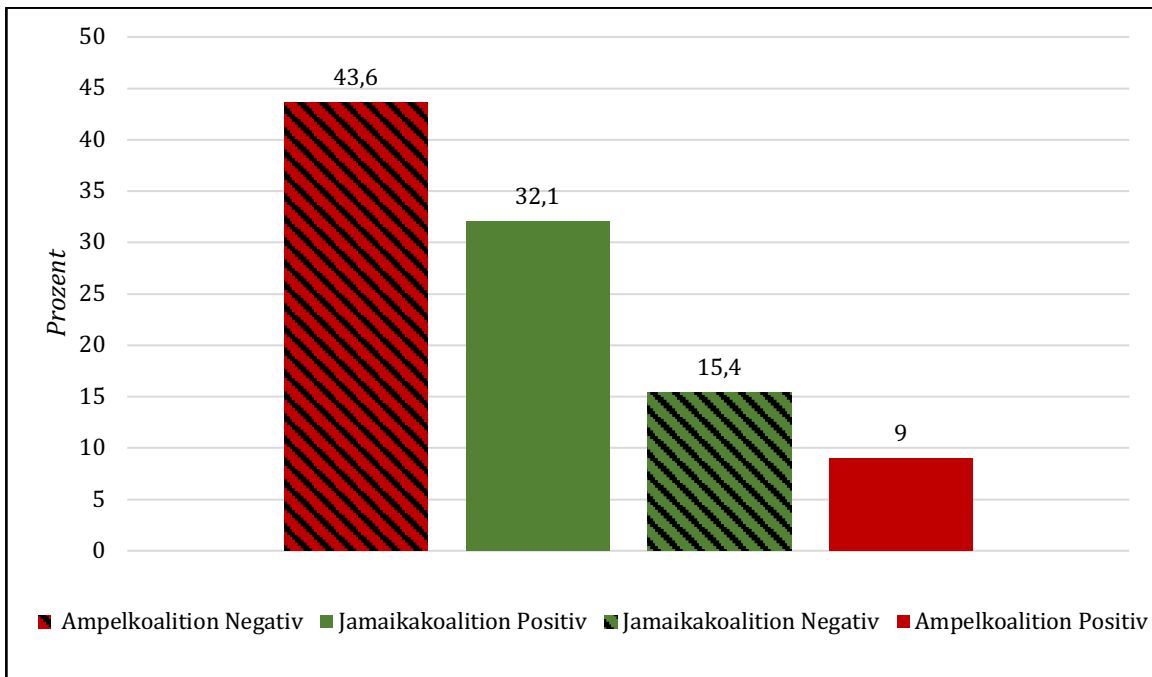


Abbildung 4: Anteil der positiven und negativen Koalitionssignale bezüglich einer möglichen Jamaika- und Ampelkoalition bis zum 03.09.2021

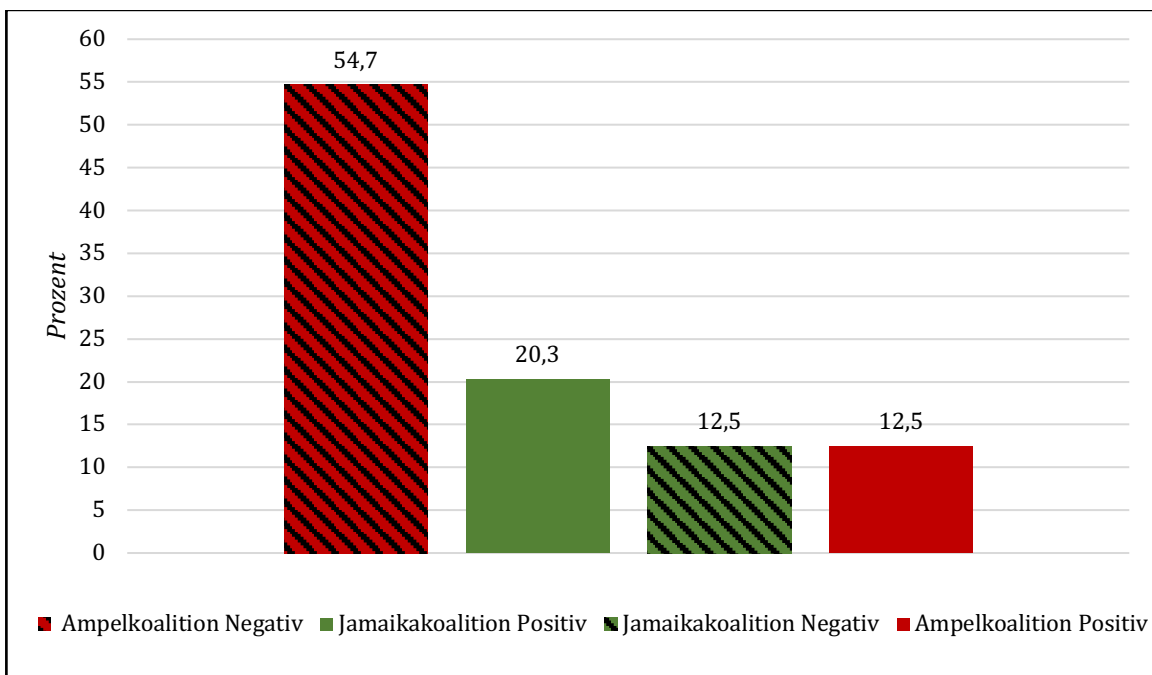


Abbildung 5: Anteil der positiven und negativen Koalitionssignale bezüglich einer möglichen Jamaika- und Ampelkoalition ab dem 03.09.2021

Wie in der obigen Abbildung ersichtlich, stellen die Aussagen zu den jeweiligen Koalitionsoptionen den Großteil der codierten Segmente dar. Bei alleiniger Berücksichtigung der jeweiligen Ausprägungen hinsichtlich der jamaika- und ampelbezogenen Koalitionssignale lässt sich feststellen, dass *über alle untersuchten Einheiten hinweg* im Hinblick auf eine mögliche Ampelkoalition die negativen Koalitionssignale gegenüber den positiven



Koalitionssignalen häufiger vorkommen (30 Prozent gegenüber 6,52 Prozent), wohingegen sich bei einer möglichen Jamaikakoalition die umgekehrte Situation, also ein Überwiegen von positiven Koalitionssignalen gegenüber ihren negativen Pendanten, erkennen lässt (16,52 Prozent gegenüber 8,7 Prozent). Unter Berücksichtigung des Wendepunkts vom 3. September 2021, an welchem die SPD in den Umfragen erstmals vor der CDU/CSU lag, lässt sich eine ähnliche Tendenz erkennen: *Vor diesem Datum* überwiegen im Hinblick auf eine Ampelkoalition die negativen Koalitionssignale, welche mit 43,6 Prozent deutlich über den positiven Koalitionssignalen, deren Anteil 9 Prozent beträgt, liegen. Bezüglich einer Jamaikakoalition haben die positiven Koalitionssignale einen Anteil von 32,1 Prozent, wohingegen die negativen Koalitionssignale bei 15,4 Prozent liegen. *Nach besagtem Wendepunkt* zeigt sich die gleiche Tendenz: Gegenüber einer Ampelkoalition werden überwiegend negative Koalitionssignale ausgesendet (54,7 Prozent gegenüber 12,5 Prozent positiv), gegenüber einer Jamaikakoalition werden überwiegend positive Koalitionssignale ausgesendet (20,3 Prozent gegenüber 12,5 Prozent negativ). Rekuriert man die theoretischen Ausführungen aus Kapitel 2, so widerspricht dieses Ergebnis den dort vorgenommenen Annahmen, da trotz einer zunehmenden Präferenz der Wählerschaft für eine von der SPD geführte Regierung offenbar keine Abkehr der FDP bei den Koalitionssignalen zu erkennen ist.<sup>24</sup>

## 4.2 Interpretation der Ergebnisse

An die intensive Phase der Strukturierung der Daten, bei der das Kommunikationsmaterial wiederholt codiert und schließlich ein fertiges Kategoriensystem generiert wurde, sowie die deskriptive Darstellung der wichtigsten Ergebnisse, schließt die letzte Auswertungsphase. Diese wird hier „Interpretation der Ergebnisse“ bezeichnet und vollzieht sich entlang der Dimensionen *Koalitionssignale*, *Inhalte* sowie *Ämter*. Diese Dimensionen entsprechen nicht direkt der Aufteilung des Kategoriensystems; mithin wird insbesondere jeweils innerhalb der Dimensionen *Koalitionssignale* sowie *Ämter* eine kategorienübergreifende Auswertung vorgenommen, die sich mit einem Blick auf das ausgearbeitete Kategoriensystem (Abb. 2) logisch ergibt.

### 4.2.1 Koalitionssignale

Wie aber verhält es sich mit möglichen Koalitionssignalen bezogen auf entweder eine mögliche Ampel- oder eine Jamaikakoalition? Auf den ersten Blick lassen die Ergebnisse auf keine merkliche Veränderung in der geäußerten Koalitionspräferenz der FDP schließen. Zwar zeigt sich bei einer Zweiteilung des Untersuchungszeitraums in die Zeit *vor* dem 3. September einerseits und *nach* dem 3. September andererseits, dass prozentual betrachtet

---

<sup>24</sup> Vertiefend hierzu die Ausführungen in Kapitel 4.2. Dort wird auch auf das Element des sogenannten *Regierungsauftrages* einzugehen sein.

ein deutlicher Anstieg negativer Ampelkoalitionssignale zu verzeichnen ist.<sup>25</sup> Jedoch wäre eine über die Zeit hinweg zunehmende Abkehr von der Ampelkoalition hier ein Fehlschluss, bedenkt man die Tatsache, dass im zweiten Untersuchungszeitraum insgesamt signifikant häufiger die „Ampelkoalition“ codiert wurde als noch im ersten (67 zu 50 Prozent). Dieser Umstand dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass die Ampel qua Umfrageergebnisse immer realistischer und mithin legitimer Gegenstand vermehrter Nachfragen in Interviews wurde. Setzt man also voraus, dass Lindner mit unveränderter Sympathie auf diese Koalition blickt, können diese Zahlen keinen quantitativen Shift anzeigen. Vielmehr lohnt eine genauere Betrachtung einer qualitativen Veränderung der Koalitionssignale, also der Art und Weise der jeweils ausgesendeten Signale. Hierzu erscheinen folgende Überlegungen plausibel.

Ausgehend von der Feststellung, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine Koalition bestehend aus CDU und FDP (also die „Wunschkoalition“ seitens beider Parteien) rechnerisch ausgeschlossen war, bildeten sich im Wahlkampf insbesondere drei realistische Koalitionen heraus: Eine schwarz-grüne Koalition, eine Jamaikakoalition oder eine Ampelkoalition.<sup>26</sup> Ebenfalls über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg lässt sich von der FDP das Narrativ feststellen, dass ein weiterer „Linksruck“ in der deutschen Politik verhindert werden müsse, wobei sich diese Aussage interessanterweise auf alle oben genannten Koalitionen bezieht: Im Falle einer schwarz-grünen Koalition gelte es, einen solchen Linksruck zu verhindern, da der CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet versucht sei, den Forderungen der Grünen vorschnell zu erliegen. Dementsprechend wird in diversen Interviews die Rolle Laschets als Kanzler einer möglichen schwarz-grünen oder Jamaikakoalition folgendermaßen beschrieben:<sup>27</sup>

„Er kann eine faire Zusammenarbeit organisieren. [...] Seine Integrationskraft ist eine Chance, weil er Konflikte überwinden kann. *Sie ist aber auch ein Risiko, weil er imstande wäre, das Programm der Grünen zu integrieren*“ (Münchner Merkur - 03.07.2021, Pos. 16).

„Die letzten Wochen haben die Zweifel verstärkt, ob Armin Laschet die Führungskraft hat, die Anliegen der Grünen [...] zurückzuweisen“ (Bild am Sonntag - 21.08.2021, Pos. 10).

„Armin Laschet würde die Durchsetzungskraft fehlen, die linken Wünsche der Grünen auf das Sinnvolle zu begrenzen“ (t-online - 15.09.2021, Pos. 4).

---

<sup>25</sup> Die Trennung rührt von dem Zeitpunkt, da in den Umfragen (hier die Forschungsgruppe Wahlen) erstmals die SPD die Union überholte.

<sup>26</sup> Die sogenannte Deutschlandkoalition wurde von den meisten Beobachtern ausgeschlossen, da diese ein Regierungsbündnis zwischen SPD und CDU/CSU insbesondere aufgrund der strikten Haltung zahlreicher SPD als unrealistisch ansahen.

<sup>27</sup> Alle nachfolgenden Hervorhebungen erfolgen durch die Autoren.

Die hier stellvertretend ausgewählten Aussagen zeigen ein Selbstbild und den Anspruch der FDP, unabhängig von der konkreten Regierungskonstellation eine „Politik der Mitte“ in einer etwaigen Koalition sicherzustellen. Aus strategischer Sicht erscheint eine solche Darstellung aus zweierlei Gründen gewinnbringend: Zum einen wird der Wählerschaft suggeriert, dass es sich um die einzige Partei in der deutschen Politik handle, die noch die wahre Mitte darstelle und damit insbesondere die potenzielle CDU-Wählerschaft angesprochen.<sup>28</sup> Zum anderen – und dieser Punkt ist insbesondere im Hinblick auf etwaige Koalitionssignale wichtig – lassen sich diese Aussagen als Signal dahingehend interpretieren, dass sich die FDP durchaus als Teil einer Jamaikakoalition sehen kann bzw. sogar „muss“, um besagten Linksschwenk einer zukünftigen Koalition zu verhindern. Beziehen wir wiederum die oben aufgeführten Aussagen mit ein, so zeigt sich eine Tendenz dahingehend, dass Armin Laschet (CDU) Rolle als Integrator verschiedener Politikinhalt zunehmend in eine negative Richtung gelenkt wird: Zunächst ist es ein „Risiko“, anschließend werden „die Zweifel verstärkt“ und unmittelbar vor der Wahl wird ihm eine „fehlende Durchsetzungskraft“ vorgeworfen. Damit setzt sich das bereits früh von Christian Lindner ausgegebene Ziel, dass die FDP „so stark werden [muss], dass eine schwarz-grüne und eine grün-rot-rote Mehrheitsbildung gleichermaßen ausgeschlossen sind“ (RND - 17.06.2021, Pos. 4), über den gesamten Wahlkampf hinweg fort.

Bezogen auf eine zur Diskussion stehende Ampelkoalition wird das obenstehende Narrativ ebenfalls verwendet und damit ein vermeintlicher Linksruck in der Politik als zu verhinderndes Szenario deklariert.<sup>29</sup> Auch hier lässt sich bei genauerer Betrachtung der einzelnen Aussagen ein inkrementeller Wandel erkennen, wenngleich dieser aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um zwei potenzielle Koalitionspartner mit geringerer Koalitionpräferenz seitens der FDP handelt, weniger „euphorisch“ erfolgt. Dementsprechend sind die positiven Koalitionssignale (wie bereits in Kapitel 4.1 festgestellt) seltener vorzufinden und auch die *Intensität* der negativen Signale erscheint zu Beginn stärker ausgeprägt. Besonders deutlich wird dies an jenen Aussagen, die mit dem Schlagwort „fehlender Fantasie“ verbunden und einer etwaigen Ampelkoalition (sei es sowohl unter Führung der SPD als auch der Grünen) negativ eingestellt sind:

„Mir fehlt die Fantasie, wie das zusammenpassen soll. Die FDP schließt Steuererhöhungen aus und will die Menschen entlasten“ (Münchner Merkur - 03.07.2021, Pos. 8).

---

<sup>28</sup> Besonders deutlich wird dies beispielsweise an Aussagen wie „Vielleicht sind wir die einzige Partei, die die Werte der so genannten Mitte noch vertritt“. (Focus Online - 04.06.2021, Pos. 2).

<sup>29</sup> Dies erscheint auch logisch, da SPD und Grüne dem politisch linken Spektrum zugeordnet werden und auch dem eigenen Selbstverständnis nach dort einzuordnen sind. Dementsprechend ist eine Koalition, welche diese beiden Parteien beinhaltet, eher links einzuordnen als einer Koalition mit Beteiligung der CDU.

„[...] ich sehe nicht, dass es rechnerisch oder von den politischen Inhalten her hinreichende Gemeinsamkeiten für ein Ampelmodell gibt. Mir fehlt die Fantasie, welches inhaltliche Angebot Annalena Baerbock der FDP machen könnte [...]“ (ARD-Sommerinterview - 25.07.2021, Pos. 14).

„Und beim Vergleich der Inhalte fehlt mir die Fantasie, wie überhaupt Rot und Grün der FDP ein Angebot machen könnten“ (ZDF- Sommerinterview - 15.08.2021, Pos. 28).

„Bislang fehlt mir die Fantasie, welches Angebot Rot-Grün der FDP machen könnte“ (t-online - 15.09.2021, Pos. 22).

Deutlich erkennbar ist hier die besagte „fehlende Fantasie“ von Christian Lindner. Diese Formulierung findet sich im untersuchten Material bis zum Wendepunkt vom 3. September 2021 in drei der untersuchten Interviews, wohingegen es danach nur noch einmal verwendet wird.<sup>30</sup> Bei genauerer Betrachtung von Letzterem fällt zudem auf, dass besagte Intensität einer Ablehnung abnimmt: Dort ist nur noch die Rede davon, dass „bislang“ die Fantasie passender Angebote für eine Ampelkoalition fehlt. Gerade dieser Verweis auf fehlende Angebote signalisiert die Bereitschaft zu einer Ampelkoalition, sofern die Rahmenbedingungen stimmen;<sup>31</sup> provokant formuliert könnte auch von vorzeitigen Gesprächsangeboten gesprochen werden.<sup>32</sup> Es lässt sich mithin eine Veränderung in Richtung einer deutlicheren Tonlage hinsichtlich der Bereitschaft für eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen feststellen. Exemplarisch für diese Deutlichkeit seien zusätzlich folgende Aussagen genannt:<sup>33</sup>

„Und ich kann nicht erwarten – das würde ich auch nie verlangen –, dass SPD und Grüne alle dementieren, was sie vor der Wahl gesagt haben. Umgekehrt gilt das für uns aber genauso“ (deutschlandfunk - 05.09.2021, Pos. 68).

„Die FDP orientiert sich an Inhalten. Und ich finde, dass erst einmal SPD und Grüne dabei wären, über Ausschlüsse zu sprechen“ (deutschlandfunk - 05.09.2021, Pos. 76).

„Die FDP ist fähig zum Kompromiss, das zeigen unsere Regierungsbeteiligungen in den Ländern“ (tz - 09.09.2021, Pos. 16).

„Ich habe keine Wunschkoalition“ (Superillu - 16.09.2021, Pos. 6).

Wie bereits dargelegt, handelt es sich zwar um keine allzu „euphorischen“ Aussagen, jedoch zeigt sich eine größere Gesprächsbereitschaft mit SPD und Grünen als vor dem

---

<sup>30</sup> Siehe den letzten Interviewausschnitt aus der obigen Auflistung.

<sup>31</sup> Da es sich hierbei hauptsächlich um politische Inhalte handelt, sei auf die Ausführungen in Kapitel 4.2.2 verwiesen.

<sup>32</sup> Entsprechend der Konzeption von Golder (2005) ließen sich solche Konstellationen möglicherweise als „prä-elektorale Koalition“ definieren. Vergleiche hierzu jedoch die Ausführungen in Kapitel 2.3.

<sup>33</sup> Die nachfolgenden Textstellen wurden teilweise nicht codiert, da sie sich nicht eindeutig als positive oder negative Aussagen einordnen ließen. Allerdings waren sie für die Analyse wichtig, so dass deren Erwähnung notwendig erschien.

Wendepunkt vom 3. September 2021. Zwar wird in der Argumentation weiterhin auf eine inhaltliche Abgrenzung zu SPD und Grünen gesetzt, jedoch führt diese Diskrepanz nicht mehr automatisch zu einer „fehlenden Fantasie“ für eine derartige Koalition – vielmehr erfolgt ein Verweis auf die Notwendigkeit passender Angebote seitens SPD und Grüne unter Hervorhebung der „besondere[n] Verantwortung“ (Focus Online - 23.09.2021, Pos. 12) der FDP als „Garant für die Mitte“ (Handelsblatt - 17.09.2021, Pos. 50). Insgesamt lässt sich damit festhalten, dass sich die Richtung der jeweiligen Koalitionssignale bezüglich einer Ampelkoalition zwar *nicht quantitativ* verändert, jedoch Veränderungen hinsichtlich des *qualitativen* Faktors festzustellen sind. Dies äußert sich insofern, als dieser Koalitionsoption zwar weiterhin mit Skepsis begegnet wird, diese jedoch weniger deutlich ausfällt und damit gewisse Möglichkeiten für eine etwaige Zusammenarbeit erkennen lässt.

Handelt es sich bei den bis hierhin behandelten Aussagen um solche, welche in Kombination mit inhaltlichen Forderungen bzw. Grenzen gesehen werden müssen,<sup>34</sup> so zeigt sich auch hinsichtlich des Regierungsbildungsauftrages eine Veränderung der Koalitionssignale seitens der FDP. In mehreren Interviews, welche allesamt vor dem Wendepunkt vom 3. September 2021 liegen, fällt die Aussage, dass der Regierungsbildungsauftrag an die Partei mit den meisten Stimmen geht:

„Nach meiner Erwartung wird der Auftrag zur Regierungsbildung an die Union gehen. Der Abstand zu den Grünen ist groß“ (RND - 17.06.2021, Pos. 10).

„Ich glaube der Regierungsbildungsauftrag geht an die Union. Die Frage ist nur, in welcher Zusammensetzung dann eine Koalition gebildet wird“ (ZDF- Sommerinterview - 15.08.2021, Pos. 10).

Deutlich wird hier eine Argumentationsstruktur, die geradezu *qua natura* der stärksten Partei das Vorrecht der Koalitionsbildung einräumt. Aus strategischer Sicht erscheint es für die FDP daher nur folgerichtig, auf eine mögliche Jamaikakoalition zu insistieren.<sup>35</sup> Dass es sich hierbei jedoch nicht um ein formelles Recht, sondern allenfalls um ein Recht der Gewohnheit, einen tradierten Usus handelt, findet keine Erwähnung. Bemerkenswerterweise findet sich diese vermeintliche Naturgesetzlichkeit in den Interviews unmittelbar vor der Wahl nicht wieder:

„Ich habe schon einmal auf die Regierungsbildungen in den Jahren 1969 und 1976 hingewiesen. Da war die Union jeweils stärker als die SPD aus den Wahlen hervorgegangen und hat trotzdem nicht den Kanzler gestellt [...]“ (Handelsblatt - 17.09.2021, Pos. 44).

---

<sup>34</sup> Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.2.2.

<sup>35</sup> Wie bereits festgestellt, erfolgte dies regelmäßig durch die Ausgabe des Ziels, eine Regierung der Mitte zu gewährleisten.

„Was am Ende herauskommt, entscheidet sich nicht allein daran, welcher Kanzlerkandidat am Sonntag vorne liegt [...]. Weniger denn je in der Geschichte wird man aus dem Umstand, stärkste Fraktion zu sein, einen klaren Auftrag zur Regierungsbildung ableiten können“ (Focus Online - 23.09.2021, Pos. 8).

Wir sehen auch hier einen Wandel in den Aussagen Christian Lindners, welche sich den veränderten Umständen – also zunächst dem Gleichziehen der SPD mit der CDU/CSU und der anschließenden Überholung der Union durch die Sozialdemokraten in den Wahlumfragen – anpassen. Auf den ersten Blick mögen diese Änderungen in Widerspruch zu den theoretischen Grundannahmen aus Kapitel 2 stehen, da diese eine Anpassung der Koalitionssignale in einer Weise vorsehen, welche die Koalitionsschancen der eigenen Parteien erhöht oder zumindest nicht mindert. Allerdings verkennt diese vorschnelle Annahme, dass eine solche Anpassung lediglich schrittweise erfolgen darf, sofern das eigene Profil gewahrt bleiben soll.<sup>36</sup> Von besonderer Bedeutung waren zudem die realistischen Koalitionsoptionen, die sich abzeichneten: In den letzten Wochen vor der Wahl waren eine Jamaika- oder Ampelkoalition die wahrscheinlichsten Optionen. Insofern sind die veränderten Aussagen Lindners die logische Konsequenz für eine Partei, die sich möglichst viele Koalitionsoptionen offenhalten will. Dies gilt umso mehr, als gerade durch solche nicht präferierenden Aussagen der Handlungsdruck auf Seiten der anderen Parteien steigt und diesen mehr Zugeständnisse abgerungen werden können – sei es im Hinblick auf die Durchsetzung von Politikinhalt oder das Ergattern der begehrten Ministerposten.<sup>37</sup> Anders ausgedrückt: Aus strategischer Sicht ergab es für die FDP keinen Sinn, sich auf eine bestimmte Seite zu schlagen. Nicht umsonst bezeichneten zahlreiche Beobachterinnen und Beobachter die FDP unmittelbar vor der Wahl als „Königsmacher“ (exemplarisch Küstner 2021).

Es lässt sich damit festhalten, dass die im Rahmen der Untersuchung beobachteten Veränderungen der Koalitionssignale die in Kapitel 2 herausgearbeiteten theoretischen Grundannahmen in diversen Punkten bestätigen. Zu keinem Zeitpunkt lassen sich bezüglich einer Jamaika- oder Ampelkoalition Aussagen finden, die ein solches Bündnis endgültig ausschließen. Zwar wird im extremsten Fall von „fehlender Fantasie“ gesprochen, jedoch lässt selbst eine solche Aussage Spielraum für „Vorschläge“, die letztlich einen entscheidenden Input bringen und damit – um in diesem Bilde zu bleiben – neue Vorstellungskraft bei den Liberalen hervorbringen können.<sup>38</sup> Wie bereits dargestellt, variiert über den Untersuchungszeitraum die Intensität der Koalitionssignale, ohne dass jedoch eine endgültige Festlegung erfolgt.<sup>39</sup> Hier ist an die theoretische Grundannahme zu erinnern, dass Parteien

---

<sup>36</sup> Vergleiche hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 4.2.2.

<sup>37</sup> Dies verdeutlicht auch der mittlerweile zwischen den Ampelparteien geschlossene Koalitionsvertrag sowie die damit verbundene Aufteilung der Ministerposten: Viele Beobachter attestieren bezüglich beider Faktoren ein leichtes FDP-Übergewicht.

<sup>38</sup> Wie die anschließende Bildung einer Ampelkoalition auch zeigt.

<sup>39</sup> Was angesichts der prognostizierten Koalitionsoptionen auch die eigenen Möglichkeiten limitieren würde.

zwar durchaus Präferenzen hinsichtlich ihrer bevorzugten Koalitionspartner angeben können, jedoch allein schon aus strategischen Gründen die strikte Festlegung auf eine bestimmte Koalition respektive ihr Ausschluss die Realisierung der Parteiinteressen signifikant einschränkt und deren Verwirklichung (deutlich) unwahrscheinlicher macht. Unter Berücksichtigung der Wahlumfragen entwickelte sich gerade für die FDP eine Situation, die eine solche Strategie begünstigte: Je näher der Wahltermin rückte, umso deutlicher kristallisierte sich heraus, dass eine Regierungsbildung ohne die FDP immer unwahrscheinlicher werden würde, sodass die Festlegung auf eine bestimmte „Wunschkoalition“ auch nicht mehr notwendig war.

#### 4.2.2 *Inhalte*

Die inhaltliche Dimension parteipolitischer Ziele ist geradezu prädestiniert für eine Verknüpfung mit Koalitionssignalen, da in Wahlkämpfen die Verwirklichung jener Inhalte in den Vordergrund gestellt wird.<sup>40</sup> Dementsprechend war es für die Autoren nicht überraschend, dass die obigen Koalitionssignale überwiegend in Kombination mit inhaltlichen Forderungen auftraten. Bei der Untersuchung der Materialeinheiten waren hierbei zwei Forderungen besonders auffällig, weil sie nahezu über alle Interviews hinweg postuliert wurden: Zum einen der Verzicht auf Steuererhöhungen, zum anderen die Einhaltung der Schuldenbremse. Diese Standpunkte wurden auch offensiv formuliert:

„Ja, keine Steuererhöhung und kein Aufweichen der Schuldenbremse“ (ZDF-Sommerinterview - 15.08.2021, Pos. 24 auf die Frage, ob Lindner eine rote Linie in möglichen Koalitionsgesprächen habe).

„Keine Steuererhöhungen und keine Aufweichung der Schuldenbremse – das sind unsere Leitplanken. Innerhalb der Leitplanken kann gerungen werden“ (tz - 09.09.2021, Pos. 14).

„Steuererhöhungen schließe ich für die FDP aus“ (Handelsblatt - 17.09.2021, Pos. 14).

Die Formulierungen lassen bereits erahnen, dass es sich bei diesen Themen um nicht verhandelbare Inhalte und damit um elementare Koalitionsbedingungen handelt. Unter Berücksichtigung dessen sind die im vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten Koalitionssignale kumulativ mit den hier aufgeführten Inhalten zu betrachten: Die gegenüber der Jamaikakoalition entgegengebrachten Äußerungen lassen sich dahingehend interpretieren, dass zwar – aufgrund der Beteiligung der CDU – grundsätzlich größere Schnittmengen für eine solche Koalition gesehen werden, jedoch nichtsdestotrotz Zweifel angesichts der

---

<sup>40</sup> Im Gegensatz zu der Ämtermotivation von Parteien, siehe bereits die Erläuterungen in Kapitel 2 und die nachfolgenden Hinweise in Kapitel 4.2.3.

„Wankelmütigkeit“ von Armin Laschet bestehen.<sup>41</sup> Umgekehrt erklären die hier gesetzten Grenzen die über den gesamten Wahlkampf bestehende Skepsis Lindners gegenüber einer möglichen Ampelkoalition, da SPD und Grüne einer strikten Einhaltung der Schuldenbremse bzw. einer Steuererhöhung (zumindest für Besserverdienende) skeptisch gegenüberstanden. Diese von Lindner beschworenen „roten Linien“ bzw. „Leitplanken“ sind nicht verwunderlich, berücksichtigt man deren Stellenwert innerhalb der FDP-Wahlkampagne.<sup>42</sup> Gleichzeitig dienen sie als Abgrenzungselement gegenüber den anderen Parteien, sodass Büüscher zutreffend feststellt:

„Lindner konstruiert dafür *eine Art Systemkonflikt zwischen den Parteien*: [...] Die einen setzen auf mehr Staat, mehr Umverteilung, mehr Bürokratismus, mehr Anmaßung von Wissen auch in der Politik. Und der andere Weg ist, das Vertrauen auf die Menschen zu setzen [...]“ (Büüscher 2021).

Besagter Systemkonflikt lässt sich über weite Strecken der Analyseeinheiten hinweg beobachten: Wurde bereits festgestellt, dass die beschworenen Unterschiede bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraumes stark gegen SPD und Grüne gerichtet sind, zeigt sich mit dem heranrückenden Wahltermin auch eine Zunahme dieser Angriffe auf die Unionsparteien. Kombiniert werden diese Angriffe häufig mit dem Schlagwort „Höchststeuerland“, welches über alle Interviews hinweg neunmal auszumachen ist und regelmäßig in Kombination mit möglichen Koalitionspartnern fällt. Die Vehemenz und die Beständigkeit, mit der diese Angriffe geführt werden, lassen die Schlussfolgerung zu, dass es sich bei diesen Themen tatsächlich um nicht zur Disposition stehende Elemente im Rahmen etwaiger Sondierungsgespräche bzw. Koalitionsverhandlungen handelt.<sup>43</sup>

Aus einer koalitionssignalisierenden Betrachtungsweise heraus lassen sie sich gleichzeitig aber auch als deutliche Signale an CDU/CSU, SPD und Grüne dahingehend verstehen, dass die mögliche Beteiligung an einer Koalition nicht um jeden Preis angestrebt werde – wodurch wiederum ein gewisser Druck auf diese Parteien ausgeübt wird.<sup>44</sup> Es handelt sich hier um ein Austarieren der Ziele, das Lindner vollführt: Einerseits werden Korridore für eine mögliche Zusammenarbeit aufgezeigt (besagte „Leitplanken“, innerhalb derer gerungen werden kann), andererseits wird darauf geachtet, das eigene Profil in Relation zu anderen Parteipositionen weiterhin möglichst trennscharf zu halten. Diese Herausforderung zeigt sich auch im Hinblick auf die Frage, wie die hier behandelten inhaltlichen

---

<sup>41</sup> Siehe die in Kapitel 4.2.1 aufgelisteten Äußerungen Lindners bezüglich der Integrationsfähigkeit Armin Laschets.

<sup>42</sup> Über den Wahlkampf hinaus zeigt sich die Wichtigkeit dieser Themen für das Profil der FDP auch daran, dass trotz eines Nachtragshaushalts seitens des Finanzministers an den Primaten *Einhaltung der Schuldenbremse* und *Ausschluss von Steuererhöhungen* festgehalten wird. Kritiker werfen Lindner daher ein „Jonglieren“ mit den Haushaltsmitteln und „Taschenspielertricks“ vor (vgl. RND 2021; Vieweger 2022).

<sup>43</sup> Was angesichts der deutlichen Klarstellung Lindners, dass es sich um rote Linien handle, wenig verwunderlich ist.

<sup>44</sup> Siehe hierzu auch die Erläuterungen in Kapitel 4.2.1.



Forderungen mit den – zweifelsohne bestehenden – Ambitionen nach Regierungsposten in Einklang gebracht werden können.

#### 4.2.3 Ämter

Ausgehend von den in Kapitel 2 dargestellten koalitionstheoretischen Vorüberlegungen sind es insbesondere drei Aspekte, die der Analyse zugrunde liegen: Erstens die Frage nach inhaltlicher Motivation (policy-seeking), zweitens der auf den Wahlkampf beschränkte Aspekt der Koalitionssignale sowie drittens eine mögliche Ämtermotivation der Partei (office-seeking). Während sich die inhaltliche Dimension problemlos mit Koalitionssignalen verknüpfen lässt – etwa, wenn der Wunsch nach der Umsetzung eigener parteipolitischer Zielsetzungen so formuliert wird, dass sich ein möglicher Koalitionspartner darin inhaltlich wiederfindet –, ist es doch weitaus schwieriger, die Ämtermotivation einer Partei inhaltsanalytisch zu ermitteln; zumal über eine Auswertung öffentlich zugänglicher, teilweise gar redaktionell bearbeiteter Interviews mit dem Spitzenkandidaten der Partei. Insofern war denn auch die Erwartung der Autoren, dass potenziell dem office-seeking zuzuordbare Aussagen in dem hier verwendeten Kommunikationsmaterial seltener, subtiler und vorsichtiger formuliert sein würden als inhaltliche Motivationen. Bei einer quantitativen Betrachtung scheint sich diese Annahme zu bestätigen: So wurden insgesamt 22 Textstellen mit dem Code „Ämter“ versehen, während dreimal so häufig der Code „Inhalte“ vergeben wurde, der ja gemäß Codierregelung allein *konkrete* inhaltliche Aussagen umfasst und keine allgemein formulierten, politisch-ideologischen Leitlinien. Dies lässt den Schluss zu, dass Christian Lindner insgesamt Abstand von der Idee nimmt, seinen Wunsch nach der Besetzung von Regierungsämtern durch FDP-Politikerinnen und -Politiker zu formulieren. Verstärkt wird dieser Eindruck durch zweierlei: Erstens spricht Lindner den Aspekt nie von sich selbst an, sondern reagiert lediglich darauf, wenn er in der Interviewfrage angesprochen wurde. Und zweitens finden sich mit wenigen Ausnahmen solche Aussagen unter den codierten Passagen, die eine Ämtermotivation gerade verneinen oder jedenfalls als nichtig deklarieren wollen:

„Es zählen Überzeugungen, nicht Karrieren“ (Bild am Sonntag – 21.08.2021, Pos. 8).

„Für uns zählen Inhalte und nicht Positionen und Karrieren“ (ARD-Sommerinterview – 25.07.2021, Pos. 14).

Auffallend häufig versucht Lindner, diese vermeintlich nichtige office-seeking-Funktion mit Verweis auf die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen des Jahres 2017 zu untermauern:

„Die FDP dagegen hat ja 2017 gezeigt, dass ihr individuelle Karrieren nicht so wichtig sind wie inhaltliche Überzeugungen und das, was wir vor der Wahl an

Zusagen gemacht haben“ (Deutschlandfunk Interview der Woche – 05.09.2021, Pos. 76).

Diesen Punkt polemisiert Lindner teilweise auch, so etwa im Interview mit t-online, wenn er sagt, dass die FDP sich „2017 gegen Karrieren und Dienstwagen entschieden“ habe, da sie ansonsten „gegenüber den Wählerinnen und Wählern unser Wort hätten brechen müssen“ (t-online – 15.09.2021, Pos. 52). Hier zeigt sich ein weiteres Narrativ im Umgang mit der office-seeking-Funktion seiner Partei: Dient ihm das Platzenlassen der Jamaika-Sondierungen 2017 als Beweis für eine angeblich nur sekundäre Ämtermotivation der FDP, verneint er die Wichtigkeit des Erlangens von Posten für eine kommende Koalitionsbildung mit Verweis auf die Wünsche und Vorstellungen des Elektorats, das in erster Linie an der Durchsetzung inhaltlicher Ziele interessiert sei:

„Inhaltliche Überzeugungen, Sinn und Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern müssen immer wichtiger sein als die individuellen Karrierewünsche“ (Xing – 17.09.2021, Pos. 22)

Neben diesen drei Narrativen, mit denen Lindner etwaige Fragen nach Posten belegt, finden sich indes teilweise Ausnahmen, bei denen ein implizit oder explizit formulierter Wunsch nach der Besetzung von Staatsämtern deutlich wird. Gefragt nach der Möglichkeit, dass die FDP wie schon 2017 mögliche Koalitions- oder Sondierungsgespräche abbrechen würde, sähe sie ihre inhaltlichen Ziele zu weit verfehlt, sagt Lindner:

„Ja, man kann sich darauf verlassen [...]. Aber es gehört ein zweiter Satz dazu: Wenn man gut regieren kann, darf man das Land nicht anderen überlassen“ (Münchner Merkur– 03.07.2021, Pos. 2).

Bei der hier vollzogenen Abkehr vom Narrativ reiner policy-Motivation muss nicht zuletzt die eigene Partei als Adressatin gesehen werden. Dass diese nämlich durchaus Interesse an einer Regierungsbeteiligung (und damit an der Besetzung von Ämtern) hat, zeigte sich mindestens seit dem Bundesparteitag 2020, als endgültig deutlich wurde, welcher Druck auf dem Parteichef lag, die FDP nun doch in eine Regierung zu führen (Finkenwirth 2020).

Wesentlich deutlicher in der Formulierung office-bezogener Motivationstypen wird Lindner, wenn es konkret um das Amt des Finanzministers geht, für das er sich offensiv bewirbt:

„Wer wird dann wichtige Rollen, zum Beispiel für die Finanzen übernehmen. [...] Soll das ein Robert Habeck von den Grünen sein [...] oder soll das ein *Finanzminister der FDP* sein? *Ich wäre bereit das zu übernehmen*“ (ARD-Sommerinterview – 25.07.2021, Pos. 10).

„[Ein künftiger Finanzminister] wird öfter Nein sagen müssen. Aber ich wäre bereit dazu“ (Bild am Sonntag – 21.08.2021, Pos. 14).

Für die Kategorie „Ämter“ lässt sich mithin Folgendes festhalten: Insgesamt kommt eine Ämtermotivation merklich seltener zur Sprache als Aspekte des policy-seeking und wenn doch, dann nur, wenn die interviewende Person darauf rekurriert. Über alle mit „Ämter“ codierten Passagen hinweg lassen sich drei Narrative ausmachen: (1) Es geht um Inhalte, nicht um Karrieren. Das wichtigste Motiv, geht es doch einher mit dem zweiten Narrativ, (2) dem Verweis auf das Scheitern der Jamaika-Sondierungen 2017. Dieses soll nicht als Fehler verstanden werden, sondern gleichsam als Beweis fungieren, als Untermauerung seiner Behauptung, Inhalte stünden immer vor Posten. Und schließlich (3) verweist Lindner wiederholt auf den sogenannten „Wählerwillen“ und meint den Wunsch der Wählerinnen und Wähler, dass inhaltliche Ziele umgesetzt werden. Diese drei allesamt auf eine policy-seeking-Funktion ausgerichteten Narrative kombiniert Lindner in seinen Aussagen. Als einzige Ausnahme fällt dabei das Amt des Finanzministers auf, das konkret benannt wird und das sich Lindner nach eigenen Angaben zutraut und anstrebt.

## 5 Fazit und Ausblick

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass im Verlauf des Bundestagswahlkampfes 2021 von Seiten der FDP eine Veränderung der Koalitionssignale in Richtung potenzieller Koalitionspartner zu erkennen ist. Es handelt sich jedoch nicht um eine „180-Grad-Wende“, sondern vielmehr um eine inkrementelle Anpassung. Dementsprechend ist eine alleinige Betrachtung des quantitativen Auftretens von Koalitionssignalen insofern irreführend, als dass diese (zumindest in dem hier betrachteten Untersuchungszeitraum) eine kaum veränderte Situation zeigen. Notwendig ist daher eine genauere Untersuchung der qualitativen Dimension der Koalitionssignale. Hierbei lässt sich zunächst konstatieren, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum weder eine eindeutige Absage an eine Koalition noch eine ausdrückliche Zusage signalisiert werden. Eine Festlegung wird demnach konsequent vermieden; einzig die Intensität der Signale variiert. Unter Berücksichtigung dieses Befundes zeigt sich sodann die einleitend genannte inkrementelle Veränderung der Aussagen Christian Lindners: Diese wandeln sich dergestalt, dass aus der fast faktischen Ablehnung einer theoretisch möglichen Ampelkoalition zwar keine vollkommene Zustimmung wird, zumindest jedoch mehr oder weniger deutliche Signale für die Bereitschaft für eine etwaige Zusammenarbeit erfolgen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Ziele der FDP nach dem Erreichen von Ämtern und politischen Inhalten zu bewerten: Mit Verweis auf die gescheiterten Jamaika-Gespräche des Jahres 2017 fährt Lindner dieselbe Linie, die er auch in Bezug auf Koalitionssignale fährt. Einerseits wird angedeutet, dass die FDP – wie damals schon – auch heute noch bereit wäre, mögliche Sondierungsgespräche abubrechen, *wenn die inhaltlichen Differenzen es so verlangen*. Andererseits legt er sich mit einer solchen Aussage gerade nicht auf eine Ampelkoalition fest. Damit sucht er gewiss seine Verhandlungsposition zu verbessern. Gleichzeitig insinuieren seine Aussagen zu einer potenziellen Ämtermotivation, dass diese ein eher randständiges, nicht relevantes Ziel seiner Partei sei,

gemäß dem Motto: „Für uns zählen allein die Inhalte, ganz wie es dem Wählerwillen entspricht“. Umgekehrt zeigt sich bei den Inhalten ein starker Verweis auf rote Linien, welche bei der Einhaltung der Schuldenbremse und dem Verzicht auf Steuererhöhungen liegen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum werden diese Inhalte als elementare Grundvoraussetzungen für eine etwaige Zusammenarbeit dargestellt, so dass besagte Inhalte oftmals in Kombination mit den identifizierten Koalitionssignalen auftreten.

Für eine weitergehende Untersuchung dieser Befunde bietet sich nach Ansicht der Autoren eine tiefergehende Analyse der jeweiligen Koalitionssignale an. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang eine Unterteilung der Signale in verschiedene Intensitätsstufen, beispielsweise in *sehr starke* und *leicht starke* positive bzw. negative sowie *neutrale* Koalitionssignale.

### Literaturverzeichnis

- Best, Volker. 2017. Von der „Ausschließeritis“ über die „Ausschweigeritis“ zur „Konditionitis“. Koalitionssignale vor der Bundestagswahl 2017. *Regierungsforschung.de*.
- Buzogány, Aron, und Sabine Kropp. 2013. Koalitionen von Parteien. In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 261-294. Wiesbaden: Springer VS.
- Büüsker, Ann-Kathrin. 2021. Bundestagswahl 2021 – Was im Wahlprogramm der FDP steckt. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2021-was-im-wahlprogramm-der-fdp-steckt-100.html>. Letzter Zugriff: 28.07.2022.
- Debus, Marc. 2021. Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeiten verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021. *Politische Vierteljahresschrift* 63: 73-88.
- Debus, Marc. 2008. Party competition and government formation in multilevel settings. Evidence from Germany. *Government and Opposition* 43: 505-538.
- Decker, Frank. 2013. Koalitionssignale – ein von der Koalitionstheorie zu Unrecht vernachlässigter Faktor? In *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Frank Decker und Eckhard Hesse, 75-97. Baden-Baden: Nomos.
- Finkenwirth, Angelika. 2020. Regieren ist seine letzte Chance. *Zeit Online*. Online verfügbar unter [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/christian-lindner-fdp-bundesparteitag-wirtschaftspartei-wahlkampf?page=6&utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/christian-lindner-fdp-bundesparteitag-wirtschaftspartei-wahlkampf?page=6&utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F). Letzter Zugriff: 28.07.2022.
- Gläser, Jochen und Grit Laudel. 2010. *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Glasgow, Garrett, und Sonja Nadenichek Golder. 2015. A New Approach to the Study of Parties Entering Government. *British Journal of Political Science* 45: 739-754.
- Golder, Sona Nadenichek. 2005. Pre-electoral coalitions in comparative perspective: A test of existing hypotheses. *Electoral Studies*. 24: 643-663.
- Jun, Uwe. 2016. Parteien als Organisationen. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/219179/parteien-als-organisationen/>. Letzter Zugriff: 28.07.2022.
- Kaiser, Robert. 2014. *Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. Wiesbaden: Springer.
- Kropp, Sabine, und Roland Sturm. 1998. *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Krumm, Thomas. 2004. *Politische Vergemeinschaftung durch symbolische Politik. Die Formierung der rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen von 1983 bis 1991*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag/GWV Fachverlage GmbH.
- Kuckartz, Udo. 2018. *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 4. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
- Küstner, Kai. 2021. FDP und die Koalitionsoptionen – "Königsmacher" oder "Lieber-garnicht-Regierer"? Tagesschau Online. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/bundestagswahl-koalitionen-101.html>. Letzter Zugriff: 28.07.2022.
- Linhart, Eric. 2009. Ämterschacher oder Politikmotivation? Koalitionsbildungen in Deutschland unter gleichzeitiger Berücksichtigung von zweierlei Motivationen der Parteien. In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 5: Theorien der Verfassungsreform*, Hrsg. Susumu Shikano, Joachim Behnke und Thomas Bräuninger, 181-222. Wiesbaden: Springer VS.
- Linhart, Eric, und Franz Urban Pappi. 2009. Koalitionsbildungen zwischen Ämter- und Politikmotivation. Konstruktion einer interdependenten Nutzenfunktion. *Politische Vierteljahresschrift*. 50(1): 23-49.
- Linhart, Eric, und Niko Switek. 2019. Am Ende doch wieder Schwarz-Rot – Die Koalitionsfindung nach der Bundestagswahl 2017 aus koalitionstheoretischer Perspektive. In *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Hrsg. Karl-Rudolf Korte und Jan Schoofs, S. 485-511. Wiesbaden: Springer VS.
- Lösche, Peter. 1992. Zur Metamorphose der politischen Parteien in Deutschland. *Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH)* 43(9): 531-537.

Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). 2021. Lindner verteidigt Milliardenumschichtung im Haushalt – Union sieht Taschenspielertricks. Redaktionsnetzwerk Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/christian-lindner-verteidigt-milliarden-umschichtung-im-haushalt-union-sieht-taschenspielertricks-I7VYBFKC4DB00ATKBACSAWOUOU.html>. Letzter Zugriff: 28.07.2022.

Schreier, Margrit. 2014. Varianten qualitativer Inhaltsanalyse. Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung* 15: Art. 18.

Shikano, Susumu, und Eric Linhart. 2010. Coalition-formation as a result of policy and office motivations in the German federal states. An empirical estimate of the weighting parameters of both motivations. *Party Politics* 16: 111-130.

Vieweger, Hans-Joachim. 2022. Finanzminister Lindner – Der Trickreiche. Tagesschau Online. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/christian-lindner-133.html>. Letzter Zugriff: 28.07.2022.